

## **Resolution der Gemeinde Fuldabrück zum Kommunalen Finanzausgleich 2016**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Fuldabrück hat in ihrer Sitzung am 30. April 2015 einstimmig die folgende Resolution zum Kommunalen Finanzausgleich 2016 verabschiedet:

1. Die Gemeindevertretung sieht mit dem Entwurf des neuen Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) die durch das Grundgesetz und die in der Hessischen Landesverfassung garantierte Kommunale Selbstverwaltung nicht als gewährleistet an. Kommunale Selbstverwaltung ist gelebte Demokratie vor Ort und hat nach dem Konzept unseres Staatsaufbaus einen unverzichtbaren Wert.
2. Die Gemeindevertretung stellt fest, dass der Entwurf des neuen KFA nicht den Vorgaben des Hessischen Staatsgerichtshofs entspricht, wonach die staatlich übertragenen Pflichtaufgaben im Sinne des Konnexitätsprinzips („wer bestellt, bezahlt“) vom Land zu bezahlen sind, da auch mit dem neuen KFA die von den Landkreisen, Städten und Gemeinden zu erledigenden Pflichtaufgaben nicht vollständig finanziert sind.
3. Die Gemeindevertretung stellt fest, dass auf der Basis des Entwurfs des neuen KFA und der nicht vollständigen Finanzierung schon der staatlichen Pflichtaufgaben, Mittel für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben nicht zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund stellt die Gemeindevertretung fest, dass auch die Vorgabe des Staatsgerichtshofs im Hinblick auf die Mindestausstattung von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben durch das Land nicht umgesetzt ist.
4. Die Gemeindevertretung stellt fest, dass das Land vom Volumen der gemeinsam mit den Spitzenverbänden in aufwändiger Arbeit definierten Pflichtaufgaben einen „Angemessenheitsabschlag“ vorgenommen hat, der dazu führt, dass die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden ihre Aufgaben in einem Umfang von 1 Mrd. Euro nicht finanziert bekommen.
5. Vor diesem Hintergrund hat die Hessische Landesregierung zu begründen, warum und an welcher Stelle das Land Hessen bei pflichtigen Aufgaben, die durch die Landkreise, Städte und Gemeinden zu erfüllen sind, entsprechende wirtschaftliche Potenziale zur entsprechend effizienteren Durchführung der Aufgaben sieht.
6. Das Hessische Finanzministerium wird um konkrete Darstellung gebeten, inwieweit die hessischen Landkreise in die Lage versetzt werden, trotz der unzureichenden Finanzausstattung eine zusätzliche Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu vermeiden.
7. Das Hessische Finanzministerium wird aufgefordert, die Prüfung von den Kommunalen Spitzenverbänden, neben der Ressortabfrage, zusätzlich identifizierte Aufgaben abzuschließen und deren Relevanz für die Mindestausstattung und angemessene Finanzausstattung zu bewerten. Das Ergebnis dieser Prüfung soll mit den Kommunalen Spitzenverbänden in der AG KFA erörtert werden.

8. Die Kommunalen Spitzenverbände werden gebeten, bei einer gesetzlichen Umsetzung des jetzigen mangelhaften Entwurfs des Kommunalen Finanzausgleichs, die Option einer weiteren Verfassungsklage intensiv zu prüfen.